

Sehr geehrter Herr Landrat,  
werte Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich die Gelegenheit dazu nutzen, mich auch im Namen des Kreisverbandes der AfD Göppingen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung sowie allen Einsatz- und Rettungskräften unseres Landkreises für die geleistete Arbeit in diesem Jahr zu bedanken. Mir ist bewusst, dass auch dieses Jahr für sie wieder mit außergewöhnlichen Herausforderungen verbunden war. Mein Dank und unser aller Anerkennung gebühren daher all denen, die sich tagtäglich um die vielfältigen Belange in unserem Landkreis kümmern.

Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) plante Zeitweise ein Verbot der Partei Alternative für Deutschland (AfD) Sie forderte ihre Behörde auf, mit dem schärfsten rechtlichen Schwert gegen die AfD vorzugehen. Da sie die Partei als zu erfolgreich und gefährlich für die Demokratie ansah. Sie strebte an, die hohen Zustimmungswerte der AfD noch vor der nächsten Bundestagswahl aus der Welt zu schaffen.

Die individuelle Freiheit der Menschen, also das Recht jedes Einzelnen zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und zur physischen Selbstbestimmung, sind in unserem Land und in diesen Zeiten ebenso weiter stark gefährdet, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, ohne dafür persönliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Die skandalösen Pläne von Innenministerin Faeser sind nur ein Beispiel dafür.

Als freiheitlich-konservativer Kreisrat werde ich mich deshalb auch zukünftig mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Grundrechte, die vor allem Abwehrrechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber einer übergriffigen Staatsgewalt sind, nicht zu einer leeren Worthülse verkommen.

Neben dieser, auch fortwährend erforderlichen Verteidigung bürgerlicher Rechte und der Meinungsfreiheit, sind in diesem Jahr aber vor allem andere grundsätzliche Bedürfnisse unseres staatlichen Gemeinwesens in große Gefahr geraten. Hierzu zählen insbesondere das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Frieden, ebenso, wie das Recht auf eine stabile Stromversorgung, eine warme Wohnung im Winter und einen Arbeitsplatz, von dem man auch ohne staatliche Abhängigkeit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. All dies sind nach meiner Auffassung legitime Bedürfnisse, für deren uneingeschränkte Gewährleistung ein funktionierender Staat zu sorgen hat.

Hätte ich Ihnen vorausgesagt, dass wir uns in einem einst hoch entwickelten Industrieland wie Deutschland einmal ernsthaft Sorgen darüber machen müssen, ob noch Strom aus unserer Steckdose kommt, den wir für unser Alltagsleben, aber selbstverständlich auch eine funktionierende Wirtschaft benötigen, dann wäre ich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von nicht wenigen in diesem Hause als Verschwörungstheoretiker diffamiert worden. Zu Unrecht, wie wir in diesem Jahr durch die Warnmeldungen über den vereitelten Sprengstoffanschlag der Polizei in Paderborn erleben mussten. Neben dem Umspannwerk der Haupttrasse für die Versorgung von Norddeutschland wurde ein Wagen gefüllt mit Sprengstoff geparkt. Eine Explosion hätte verheerende Auswirkungen auf die komplette Infrastruktur mit sich gezogen. Leider wurde dieser Umstand von der politisch geführten Presse auf kleiner Flamme gekocht.

Zu den Aufgaben der Ausländerbehörde zählt u.a. auch die Klärung des jeweiligen Aufenthaltsstatus von Personen, die in unser Land kommen und einen Asylantrag stellen. Nach Angaben der Kreisverwaltung haben fast 1000 Personen im Kreis keinen Asylgrund und müssten unser Land demnach umgehend wieder verlassen. Tatsächlich jedoch liegt die Zahl der Abschiebungen im Landkreis auf einem erschreckend niedrigen Niveau, wie eine kürzliche Anfrage der Landtagsfraktion offenbarte.

Es ist schlicht nicht vermittelbar, weshalb die steuerzahlenden Bürger im Kreis auch noch für ausreisepflichtige Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezahlen sollen und damit Finanzmittel verzehrt werden, die bei einer konsequenteren Abschiebepaxis an anderer Stelle zur Verfügung stehen würden.

Um dies an einem Beispiel aufzuzeigen: Eine 3-Zimmerwohnung wird in Göppingen ausgeschrieben. Innerhalb von 24 Std. 80 Mails, 60 davon mit Kostenübernahme durch das Jobcenter. Hier wird klar eine Wettbewerbsverzerrung auf Kosten der Selbstzahler betrieben.

**Deshalb kann es nur folgende Devise geben: konsequente Ausweisung nicht Asylberechtigter.**

Das Desaster um die verkorkste Umstellung der Müllgebühren belastet nicht nur den Geldbeutel, sondern leider auch die Umwelt durch die Zunahme der illegalen Entsorgung aufgrund horrend gestiegener Kosten. Hier wurde ein, für die Bürger im Kreis gut funktionierendes Modell durch ein, meiner Meinung nach, zum Scheitern verurteiltes Modell ersetzt. Ich bin mir sicher, die Bürger im Kreis haben hierfür vollstes Verständnis und werden dies bei der nächsten Wahl entsprechend würdigen.

Das Obere Filstal wurde durch die Klinikschließung und die bisher unklare Nachnutzung sowie die geplante Schließung des Michelberg-Gymnasiums extrem benachteiligt, hierbei haben sich Frau Razavi sowie Frau Cataltepe meiner Meinung nach sehr destruktiv verhalten. Ich hoffe, der Landkreis kann hier in Zukunft durch kluge Entscheidungen heilend wirken.

Zum Schluss muss ich noch auf Ihre Eröffnungsrede eingehen, Herr Landrat: Ich hoffe, dass Sie Herr Landrat, Ihren Fokus neu justieren und Extremismus jeglicher Art auf das schärfste Verurteilen. Ich denke die Mehrheit der Bevölkerung sieht das wie ich, dass die derzeit antisemitische Stimmung vollumfänglich importiert ist und der Täterkreis, zwar oft nicht benannt aber allseits bekannt ist.

Einmal abgesehen von dem schrecklichen Krieg in der Ukraine, für den selbstverständlich in erster Linie Russland die Verantwortung trägt und der durch nichts zu rechtfertigen ist. Der Konflikt im Gaza, der sicherlich von der Hamas massiv befeuert wurde, sowie die zu erwartende Auseinandersetzung um Taiwan sorgt für eine eklatante Gefährdung des Weltfriedens. Ich muss aber auch feststellen, dass die inzwischen Einzug gehaltene Unsicherheit in vielen elementaren Bereichen unseres Lebens keineswegs, wie eine Naturkatastrophe über uns hereingebrochen ist, sondern sich vorhersehbar angebahnt hat.

Vielleicht eine Anmerkung zum Schluss, eine ideologiefreie Friedensflagge wäre meiner Meinung nach ein ehrliches Zeichen und würde am besten neben der deutschen Nationalflagge vor jedem öffentlichen Gebäude glänzen.

Mit den Worten Buddhas „Besser als tausend nutzlose Worte ist ein Wort, das Frieden gibt“ möchte ich mich bei Ihnen für ihre Aufmerksamkeit bedanken und wünsche Ihnen eine gute Zeit.

Uwe von Wangenheim

Anträge werde ich situationsbedingt einreichen, da ich als Einzelkreisrat abwarten will, welche Anträge der Fraktionen meiner Meinung nach ergänzt werden sollten.